

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gepaltene Beitzzeile oder deren Raum für Geisenheim
35 M., auswärtiger Preis 40 M., Kleinzeile 100 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 132.

Dienstag den 9. November 1920.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 5. November.

Auf der Tagesordnung stehen 36 kleine Anfragen. Endlich kann man in der Fortsetzung der großen Staatsdebatte fortfahren, die immer noch nicht zu Ende ist.

Abg. Dittmann (U. Soz. rechts) richtet scharfe Angriffe gegen Dr. Helfferich und Graf Westarp, die er als die Schuldigen am Zusammenbruch bezeichnet.

Reichskommissar für die Entwaffnung Peters: Bei der Abkündigung der Waffen der Organisationen muß Rücksicht genommen werden auf die Verhältnisse der einzelnen Gebiete, wie Bayern oder Ostpreußen. Ich bitte, mir die Durchführung des Gesetzes Zeit zu lassen. Ich werde das Entwaffnungsgesetz objektiv, ganz unabhängig von rechts oder von links, durchzuführen so wie es vorgeschrieben ist.

Abg. Zernburg (Dem.): Alles, was hier besprochen und verhandelt worden ist, muß wertlos sein, wenn die große Frage der Revision des Friedensvertrages nicht gelöst wird. Der Redner geht des näheren auf die unerfüllbaren Bedingungen des Friedensvertrages ein, dessen Revision Deutschland unbedingt fordern muß, will es nicht untergehen.

Abg. Alpers (Welfe): Nach dem Ausgang des Weltkrieges bildet das deutsche Volk keine völkische Mehrheit mehr. Wir Niederländer nennen... mit Stolz Deutsche. Wir wollen auch, wenn wir über unsere Selbstständigkeit verfügen haben, mit unseren Nachbarn friedlich der Erde in Frieden und Freundschaft leben. Die Entscheidung, die Berlin genommen hat, gereicht Deutschland nicht zur Ehre.

Darauf wird die Antwort gegeben.

— Berlin, 6. November 1920.

Eupen-Malmédy. — Die besetzten Rheinlande.

Der Reichstag, der heute schon um 10 Uhr vorntags zusammentritt, behandelt zunächst zwei Interpellationen über die Verhältnisse der besetzten Rheinlande. Eine von sämtlichen Fraktionen unterstützte Interpellation über den Raub von Eupen-Malmédy und die demokratische Überwindung der Verhältnisse in den Rheinlanden, die Kosten der Besetzung und die Behandlung der Bevölkerung.

Abg. Dr. Bell (Str.) begründet begründet die Interpellation. Er weist an Hand der vertraglichen Bestimmungen nach, daß die Zuweisung der Gebiete von Eupen und Malmédy an Belgien diesen Bestimmungen absolut widerspricht. Es handelt sich hier um ein Glied der Kette eines Systems, das Deutschland für immer demütigen und zum Absterben bringen soll. Er spricht dann über die Verhältnisse im besetzten Rheinland und verlangt genaue Aufklärung über die Kosten der Besetzung. Er wendet sich gegen die viel zu hohe Zahl der Besatzungstruppen, die einen beispiellosen und unerhörten Umfang angenommen habe. Hier hinter verberge sich Machtgier und Annegationsabsicht. Redner bespricht dann zahlreiche Einzelfälle von Übergriffen der Ententeverwaltung, die gegen jedes Recht und Willkür verstoßen. Noch heute besteht die Kulturhand der Besetzung durch schwarze Truppen. Wir appellieren an das Weltgewissen. Wir wollen im Frieden leben mit unserem westlichen Nachbar, aber auf dem Boden der Gleichberechtigung. Die Verfassung eines 60-Millionenvolkes ist unerträglich. Die Rheinländer sind ferndeutsches und lassen sich durch keine Versuche davon abbringen.

Reichsminister des Äußeren Dr. Simons: Auf unsere zahlreichen Beschwerden haben wir niemals eine befriedigende Antwort bekommen. Wir wissen nicht, auf welcher Material überhaupt geprüft worden ist. Die Entscheidung über Eupen-Malmédy kann nur durch die Völkerverversammlung getroffen werden, um so mehr, als der Völkerverbund selbst nicht einmal nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zusammengekehrt ist. Die deutsche Regierung kann daher die Entscheidung über Eupen-Malmédy durch den Völkerverbund nicht als richtig anerkennen. Namens der deutschen Regierung lege ich ferner Verwahrung ein gegen die geschichtswidrige Weise, in der die belgische Regierung von einem Wiederverwerb der Kreise Eupen-Malmédy spricht. Eupen hat lange zu Preußen gehört, ehe überhaupt der belgische Staat bestanden hat. Die überhöchsten Grenzkreise sind der warmen Anteilnahme des deutschen Volkes und der Regierung stets sicher. Die Reichsregierung wird keine Gelegenheit versäumen, die Welt darauf aufmerksam zu machen, welches Unrecht sich in Eupen-Malmédy abspielt hat. Die Regierung hofft, daß der Völkerverbund endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt, und von der Grundlage der Gerechtigkeit, ohne die es einen Völkerverbund nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht. Die Regierung hat aber auch die Hoffnung, daß zu irgendeiner Zeit einmal wieder Beziehungen mit Belgien aufgenommen werden, die es der belgischen Regierung und der belgischen Bevölkerung nahelegen, nicht länger über das uralte Recht der deutschen Bevölkerung in Eupen und Malmédy hinwegzugehen.

Abg. Dr. Korell (Dem.), ein Rheinländer, schließt in lebhaften Worten die Reden der Rheinländer an und spricht ein festes, ehrliches Bekenntnis der Rheinländer zum Deutschtum aus.

Vertagung bis 18. November.

In Rücksicht auf die starke Belastung des Hauptausschusses, der sich mit der gründlichen Vorberatung des Haushaltsvoranschlags und dazu einschlägiger wichtiger Fragen beschäftigt, und damit im Rückstande ist, einigte sich der Vorkommerrat dahin, bis zum Buß- und Betttag keine Plenarsitzungen mehr abzuhalten und am 18. November mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlags im Plenum zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsausschuß, eventuell auch andere Ausschüsse, die ihm übertragenen Arbeiten erledigen.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 5. November.

Die Selbstverwaltung.

Die zweite Beratung der Verfassung wird bei den Bestimmungen über die Selbstverwaltung fortgesetzt.

Abg. Scholich (Soz.) ist der Ansicht, daß keiner Provinz, auch Ober-Sachsen nicht, etwas aufgezwungen werden darf, ohne daß man vorher die Bevölkerung befragt.

Abg. Dr. Feidig (D. Vp.): Statt Preußen zu stärken, wird systematisch an seiner Festigung gearbeitet. Wenn der Ausbau der Verwaltung im Sinne der Verfassung erfolgt, wird Preußen in seinem Bestand aufs schwerste erschüttert. Einverstanden sind wir mit einem Ausbau der Selbstverwaltung auf allen Gebieten, wo es ohne Vordringung des Staatsgedankens geschehen kann. Unser Leitstern ist die Einheit des preußischen Staates. Der Kampf um Preußen ist ein Kampf um Deutschland.

Abg. Dr. Gohn (U. Soz. rechts) begründet einen Antrag seiner Fraktion für den Schutz nationaler Minderheiten in den Provinziallandtagen.

Abg. Dr. Langher (Str.): Wir können nicht dafür eintreten, daß Preußen das Übergewicht im Reichsrat erhält, das später drückend werden kann. Der Zug der Zeit führt zu einer Erstarung der Reichsgewalt und zur Schwächung des im Wege stehenden Faktors, Preußen. Die Katholiken sind im alten Preußen immer zurückgeblieben. Man muß sich damit abfinden, daß Deutschland über Preußen steht.

Abg. Heilmann (Soz.): Das Zentrum möge die Vergangenheit ruhen lassen. Von einer Auflösung Preußens befürchten wir die Kleinstaaterei, die Gefahr des Abfalls von Deutschland. Im Dienste der deutschen Einheit müssen wir den preussischen Staat vor Auflösung zusammenhalten und in ihm Demokratie und Selbstverwaltung fördern.

Abg. Talmier (Dem.): Preußen darf nicht zerklüftet werden.

Die allgemeine Aussprache über diesen Abschnitt schließt. § 58a erhält den Zusatz, daß die Zulassung zu den Gemeindevahlen von einer Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig gemacht wird. Im übrigen wird der Abschnitt in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die Beratung eines von den Deutschnationalen beantragten Abschnittes 7a über die Beziehungen von Religion und Schule zum Staat. Damit wird verbunden ein von der Deutschen Volkspartei beantragter Abschnitt VIIIa über die Beziehungen zur Kirche.

Abg. Dr. Koch-Dehnhäusen (Dntl.) begründet den deutschnationalen Antrag. Wir verlangen, daß für die Entscheidung des religiösen Bekenntnisses, in den die Kinder erzogen werden sollen, die Eltern maßgebend sind. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres steht dem Kinde die Entscheidung über das Religionsbekenntnis zu. Der Austritt aus der Religionsgemeinschaft ist bei Gerichten zu erklären. Die Steuerpflicht erlischt frühestens am Ende des Steuerjahres.

Nach kurzer Aussprache wird von dem Antrag zur die Bestimmung über die Steuerpflicht angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag (Berndt, Dem.), wonach die Ablösung der Patronatsrechte durch das Reich erfolgen soll.

Die Verhandlungen ziehen sich bei fast leeren Häusern bis in die späten Abendstunden hin, da man die Verfassungsberatung unbedingt heute noch beenden will.

Das Brotgetreide.

Die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide, und daraus folgend also mit Brot, ohne das wir uns das Leben nicht denken können, ist längst keine einfache Sache mehr, und das Publikum mußte wiederholt über recht kritische Lagen durch Besichtigungen vergeführt werden. Diese kritischen Lagen offenbarten sich durch die minder gute, oder sagen wir ganz offen, durch die bedenklich schlechte Qualität des Brotes, die noch im Spätsommer dieses Jahres heftige Erklärungen von Bäcker-Zünften gegen die Lebensmittelstelle des Reiches veranlaßten. Auch heute haben wir trotz des hohen Preises von durchschnittlich 4,50 Mark für noch nicht 2000 Gramm Brot noch kein reines Kornbrot, wenigstens nicht von Antwerpen, und der Termin, wann wir wieder zu solchem gelangen werden, ist noch nicht abzusehen. Immerhin ist das tägliche Brot, was unerkannt werden soll, besser geworden, doch dürfen wir nicht verkennen, daß uns eine neue Krise auf dem

Preis zu rufen droht. Wir können nur wünschen, daß die Abhilfe nicht wieder so verlehrt angefangen wird, wie bei den Kartoffeln, über deren hohe Preise jetzt noch so viele Klagen laut werden.

Neuere und innere Gründe drohen diese neue Zuspitzung in der Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide herbeizuführen. Die heimische Produktion an Korn genügt für die vom Kriege her ausgehungerten Millionen Menschen noch immer nicht, wir müssen daher erhebliche Posten aus dem Ausland kaufen. Amerika ist unser Hauptlieferant, für den dies Geschäft fast noch gewinnbringender ist, wie die Lieferung von Kriegsmaterial an die Entente. Wir bezahlen die Tonne (20 Zentner) Brotgetreide aus dem Ausland mit 6600 Mark, also den Zentner mit 330 Mark. Ob wir diesen Aufwand bei dem Stande unserer Finanzen noch lange aushalten können, ist zum mindesten unsicher. Zu diesen äußeren Erschwernissen kommen nun auch innere.

Das Reich zahlt für heimisches Brotgetreide pro Tonne 1500 Mark. Der Zentner Korn kostet also danach 75 Mark. Nun ist es aber bekannt, daß auch Brotgetreide, ebenso wie gute Kartoffeln, zum Verkauf knäpelt wird, weil die Futtermittel zum Teil mehr kosten, wie das Getreide. Es ist erst recht ein offenes Geheimnis, daß sehr viel Korn resp. Weizen daraus in Schleichhandel zum Preise von etwa 4 Mark für das Pfund veräußert wird. Danach würde der Zentner Korn auf diesem Wege sogar mit über 300 Mark bezahlt werden. Wenn diese Mengen, die der Viehfütterung und dem Schleichhandel anheim fallen, der amtlichen Nationierung zugeführt würden, so stände es um dieselbe viel besser. Aber wie das anfangen?

Es ist vorgeschlagen, den inländischen Brotkornpreis so zu erhöhen, daß für den Landwirt der Anreiz vorfällt, das Getreide dem Schleichhändler zu geben, oder es dem Vieh zu füttern. Dabei würde aber nichts anderes herauskommen, als wir bei den Kartoffeln erlebt haben. Der hohe Kornpreis würde auch den Brotpreis erhöhen, und das ist ein Experiment, das noch mehr wie bedenklich genannt werden muß. Teures Brot treibt alle Lebensmittelpreise in die Höhe und mehr als 4,50 Mark wie heute darf auch ein Brot nicht kosten, wenn nicht der Barmann des Wuchers mit Recht erhoben werden soll. Hunderttausende wissen in Deutschland heute schon nicht mehr aus und ein, wie noch starker Hungergefahr müßte eine Menschenkatastrophe kommen.

Die Landwirtschaft hat gute Einnahmen gehabt, den Dank dafür muß sie durch guten Willen, die Klugheit möglichst zu erhöhen, beweisen. Eier, Gemüse, Fleisch, Kartoffeln, Geflügel, Korn bringen viel Geld, und große Lasten und Kosten hat heute jeder, auch wer noch so viel verdient. Wir gebrauchen eine Verständigung darüber, wie die Lebensmittel den Menschen erhalten und für das Vieh Futtermittel zu erträglichem Preise geschaffen werden. Höchstpreise bilden einen Anreiz für den Geldfanten, nur mit dem Beweise, daß es doch noch viele anständige Menschen in Deutschland gibt, läßt sich ein Ausgleich schaffen. Was sollte nicht wohl werden, wenn wir, was Gott verhüten mag, 1921 eine Mißernte erlebten?

Bürokratismus und freies Gewerbe.

Vom Bürokratismus hat man immer viel gelesen, aber es war nie etwas Gutes. Es bedurfte schon einer ernsthaften Versenkung in sein Wesen, wenn man etwas Gutes an ihm finden wollte. Außerlich trat er in die Erscheinung als die verdächtige, lebensfremde, lästige, zur Schilane geneigte Bedanterie; umso gefährlicher, als seine einzelnen Mitglieder sich vielfach nicht läßt fühlen. Günst und Ungünst, ja Haß und Liebe aus ihren amtlichen Beweggründen auszuschalten. Bei ernsthafterem Zusehen aber gewann man dem überhöchsten Bürokraten jedoch auch seine guten Seiten ab: Es gibt Situationen im Leben, im öffentlichen erst recht, wo überpeinliche Gewissenhaftigkeit unumgänglich notwendig ist und überdies segensreich wirken muß. Man muß eben jedes an seinem Platz suchen, dann wird man dem Bürokratismus gerecht, ohne ihm gegenüber an Kritik sparen zu brauchen.

Der Bürokratismus, der Staat, ist eben der Verwalter. Schöpferische Kraft der Kulturentwicklung ist die freie Arbeit. Beide stehen sich nicht, wie es oft bei dem Kampfe durch den Bürokratismus an trassen allzumenschlichen Einzelbeispielen erscheinen könnte, feindlich gegenüber, sie sollen sich ergänzen und sie werden in richtigem Zusammenwirken auch Erspriessliches schaffen. Nur soll jeder Arbeitscharakter, der Bürokrat sowohl wie der freie Schöpfer in Gestalt des Erfinders, des Technikers und Arbeiters, des Kaufmanns, die neue Wege der Naturproduktion suchenden Landwirte diejenigen Aufgaben erfüllen, die zu ihm passen. Unter allen Eigenschaften eines Kaufmanns gibt es wohl keine, auf die ich so großen Nachdruck legen möchte, als die Fähigkeit, sich schnell zu entschließen, d. h. etwas auf eigene Verantwortung zu tun und seine Handlungsweise in der Folge zu vertreten, so sagt ein Engländer in dem weltberühmten Werke über „Die Erziehung zum Kaufmann“. Wenn man vom Bürokratismus schnelle Entscheidung bei großer persönlicher Verantwortung verlangt, wird man eben keinen Erfolge haben können. Verwaltung ist

eben etwas anderes als freie Schöpfung, wie sie aus kaufmännischer und industrieller sowie landwirtschaftlicher Leben auf Schritt und Tritt verlangt. Überall dort, wo eigene Verantwortung nötig ist, wird die öffentliche Bewirtschaftung versagen müssen.

Die Vereinigten Staaten hatten vor einiger Zeit ihre Eisenbahn dem Bürokratismus überliefert und den „Profit-Unternehmern“ fortgenommen. Die Hemmung der Kulturentwicklung des Landes ist aber schnell so augenfällig geworden, daß man mit verblüffender Einmütigkeit wieder zum Privatbetrieb zurückgekehrt ist. Wo man die Kourage zu solcher Rückkehr nicht gefunden hat, muß die Allgemeinheit Not leiden. Daraus ist nichts zu ändern, wie Österreich soeben gründlich erfahren muß.

Eine ganz ähnliche Entwicklung, wie sie bei den amerikanischen Eisenbahnen vorliegt, kann man nämlich auch in Österreich bei den verstaatlichten ehemaligen militärischen Betrieben, nämlich dem Arsenal, der Werke am Fischamend, Wöllersdorf, Wörth und der Schlepfbahn am Steinfeld, beobachten. Die Zusammenfassung dieser Betriebe in die Firma „Staatliche Industriewerke“ erfolgte in diesem Sommer. Bemerkenswert ist, daß nach dem Wortlaut der Protokollierung das Unternehmen nach „kaufmännischen Grundsätzen“ zu führen sei. Es hat sich aber auch hier die alte Erfahrung bestätigt, daß der Staat als Kaufmann versagt und in der allerletzten Zeit soll die Geschäftsführung auch durch innere Reibungen und Palastrevolutionen starke Hemmungen erfahren haben.

Im Staatsamt für Handel besteht deshalb der Plan, die „Staatlichen Industriewerke“ umzuformen und die Betriebsführung der Privatindustrie unter Beteiligung des Staates am Gewinn zu überlassen. Die „Neue Freie Presse“, das größte radikal-liberale Wiener Blatt, faßt den augenblicklichen Stand der Dinge in dieser Angelegenheit folgendermaßen zusammen: „Der Staat nicht in der Lage ist, genügend fremdes Kapital zu beschaffen und Betriebsverluste hat, will er Industrielle heranziehen, mit denen er eine Verwertungsgesellschaft bildet. Die verschiedenen Unternehmungen, beispielsweise die Werkzeugfabrik und die landwirtschaftliche Maschinenfabrik, würden in selbständige Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Der Staat hätte die ihm heute gehörenden Objekte einzubringen, würde eine bestimmte Summe erhalten und an dem Gewinn aller Betriebe, sowohl der alten als auch der neu zu gründenden beteiligt sein. Die Industriegruppe würde die Geschäfte gleichsam als Kommissionsär des Staates führen. Die Summen, um die es sich handelt, sind sehr groß, was schon daraus hervorgeht, daß jede der eingereichten Offerten als Ablösungsbetrag für den Staat mehrere hundert Millionen Kronen ins Auge gefaßt hat. Das höchste Angebot soll sich auf 800 Millionen Kronen belaufen haben. Für die weitere Geschäftsführung würden sehr bedeutende Kredite bereitgestellt werden. Im Verlauf der Verhandlungen sind auch Pläne aufgetaucht, welche die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn betreffen. Sie wurden jedoch, wie verlautet, zurückgestellt, weil man befürchtete, daß dadurch die Heranziehung ausländischen Kapitals erschwert werden könnte.“

Die meisten Erörterungen über die Sozialisierung tragen bisher ein stark theoretisches Gepräge, es wäre im Interesse der Sache wünschenswert, wenn sich die Aufmerksamkeit in größerem Umfang mit den außerordentlich wichtigen praktischen Erfahrungen beschäftigte, die bereits in anderen Ländern mit der Sozialisierung gemacht worden sind.

Kreditnot der Landwirtschaft.

Kredit und Maschinenanwendung in der Landwirtschaft

In welchen Kreisen unseres Volkes kennt man die große Kreditnot der Landwirtschaft nicht? Die schwierigen Kreditverhältnisse für Neusiedlungen werden in der Presse zwar häufig erörtert. Anders ist es mit denen des Bauern- und Gutsbesitzers. Die Hypothekendarlehen war vor dem Kriege eines unserer schwierigsten Probleme. Hat sich während des Krieges vielleicht manches gebessert, so ist durch die Revolution und die Schäden der Zwangswirtschaft in den letzten Jahren die Lage wieder sehr ernst geworden. Wird mit der Landwirtschaft weiter verfahren, baldigst zugehen kann. Im Verlaufe der wir bald am Ende. Die Preise für Düngemittel sind um das 12fache gestiegen, die für Maschinen um das 13fache, die für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur um das 6fache. Das führt in kurzer Zeit dahin, daß sich ein intensiver Betrieb nicht mehr lohnt, in Anbetracht der Verhältnisse zwischen dem Gutskapital und dem Gesamtbetriebskapital im intensiven Betriebe. Dem Verbraucher kann eine weitere Preissteigerung nicht mehr zugemutet werden. Es ist also der Landwirtschaft eine weitgehende Intensivierung zu ermöglichen. Der Preisabbau für die Düngemittel muß einsehen. Wenn das Reich dafür Zuschüsse gibt, ist das Geld weit produktiver angelegt, als durch den Ankauf von Getreide. Weitestgehend Anwendung von Maschinen ist daneben nötig.

Die hohen Maschinenpreise.

Die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Maschinen ist bekanntlich so groß, daß ernste Zweifel auskommen können, ob es überhaupt möglich ist, daß die Landwirtschaft diese Preise noch bezahlen kann. Kostete doch z. B. ein Zweimaschinenampfzug im Mai 1920 590 000 Mark (1913/14 56 000 Mark); ein Düngebreitmaschine 5300 Mark (450 Mark); Kartoffelerntemaschinen 3900 Mark (300 Mark); ein Pferdeackern 2140 Mark (135 Mark); ein Pflugmotor 55 000 Mark (4600 Mark); ein Kilogramm Bederriemen 326 Mark (8 Mark); 100 Kilogramm Steintohle 25 Mark (1,80 Mark). Durch Anwendung der Maschinen will man bei gleichem Arbeitsaufwande in der gleichen Zeit mehr leisten, als durch Handarbeit und Spannarbeit möglich ist. (Dreschmaschinen, Mähmaschinen, Heuwendler, Kraftpflüge, Ausnutzung der Elektrizität, der Wasser- und Windkräfte.) Sehr wichtig gerade in der Gegenwart ist, daß durch Anwendung einer Anzahl von Maschinen der Rohertrag gesteigert wird (Kraftpflüge, Drillmaschinen, Saatmaschinen), oft 8–15 Prozent. Bei dem Getreide kann bei Anwendung aller Mittel unter Umständen die Ernte bis 50 Prozent gesteigert werden. Ebenso wichtig ist die Ersparnis an Arbeitskosten, vor dem Kriege entsprechend den Betriebsverhältnissen 20–30 Prozent.

Genossenschaftliche Maschinenanwendung.

Zur Anschaffung von Maschinen reichen die Geldmittel bei weitem nicht aus. Auf gewöhnlichem Wege genügend Kredit zu beschaffen, scheint nicht möglich.

Um, es ist auch keineswegs wirtschaftlich, wenn jeder Landwirt seine eigenen Maschinen hat, die dann nach kurzem Gebrauch das ganze Jahr über in der Scheune stehen. Demgegenüber bietet die genossenschaftliche Maschinenanwendung große Vorteile. Doch sind die Erfolge unserer bestehenden Genossenschaften sehr gering. Nach der Statistik des Reichsverbandes für 1919/20 sind nur 1044 Elektrizitäts- und 40 Dreschgenossenschaften gegründet worden, während 85 elektrische Genossenschaften und 38 Dreschgenossenschaften aufgelöst sind. Der Gesamtbestand für sämtliche in Frage kommenden technischen Genossenschaften war im Juni 1918 nur 1185. Nimmt man auch noch die Statistik des Generalverbandes hinzu, so ergibt sich, daß der Erfolg im Verhältnis zur Größe der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch sehr dürftig ist.

In Nr. 42 der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ wird deshalb der Zusammenschluß einzelner oder mehrerer Gemeinden zur gemeinschaftlichen Verwendung von Maschinen auf genossenschaftlichem Wege angeregt. Die Maschinen könnten hier weit besser ausgenutzt werden. Große Genossenschaften könnten sich eigene Reparaturwerkstätten anlegen, sich eine sachmännische Leitung leisten und brauchen im Verhältnis nicht so viel Maschinen in Reserve zu halten u. a. m. Es kommen nur die großen Kreis- und Provinzialverbände unter Teilnahme der Landwirtschaftskammer und des Staates selbst, wenigstens für die ersten Einrichtungen, dafür in Betracht. Vor allem aber wäre die umfassende Mitwirkung der bestehenden großen Genossenschaftsverbände, die ja aus den anderen Gebieten der Kreditbeschaffung, des gemeinsamen Einkaufs landwirtschaftlicher Betriebsstoffe aller Art usw. bisher bereits ausgezeichnetes geleistet haben, von größter Bedeutung. Daß hier noch ganz bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden sind, soll nicht geleugnet werden.

Das Schicksal Danzigs.

Die Verhandlungen über die Danziger Konvention, der die Polen beifällig nicht zugestimmt hatten, gehen immer noch weiter. Das bisherige Ergebnis der Besprechungen wird streng geheim gehalten, aber der Eindruck, daß der Abschluß der Verhandlungen nahe ist, besteht. Wie in Danziger unterrichteten Kreisen betont wird, sind die dargelegten Abänderungswünsche beider Parteien, soweit der feierlich erklärte Standpunkt der Völkervereinigung ihnen überhaupt Raum bietet, erheblich. Indessen sollen die beiderseitig formulierten Abweichungen inhaltlich nicht so bedeutend sein, daß nicht eine Einigung möglich wäre, wenn an den guten Willen der Zusammenarbeit beider Parteien appelliert würde. Dies steht allerdings voraus, daß der Vertrag beiderseits loyal gehalten wird.

Der neue Danziger Oberkommissar.

Wie ein Berliner Mittagsblatt erfahren haben will, soll der künftige Danziger Oberkommissar ein Schwede namens Erik Colban sein. Colban ist Mitglied des Völkervereinigungsbundes in London und hat sich mit der Danziger Frage besonders beschäftigt. Bei der Konstituierung des Danziger Freistaates, die unmittelbar bevorsteht, wird der bisherige stellvertretende Oberkommissar Colonel Strutt die Geschäfte weiterführen.

Ein Ententeübergreif gegen Danzig.

Bisher waren es immer die Polen, die sich Übergriffe gegen Danzig erlaubten, und der englische Oberkommissar kam vielen Danzigern als eine Art Schutzengel gegen die polnischen Unverschämtheiten vor, und jetzt ist es dieser Schutzengel selbst, der sich eine unerhörte Bergewaltigung der Danziger Industrie erlaubt. Er hat nämlich eine Verfügung über die Beschlagnahme sämtlicher Flugzeugmaterialien innerhalb des Gebietes der freien Stadt Danzig erlassen. Gemäß dieser Anordnung erging an die Danziger Luftwaffe die Weisung, bis zum ersten November abends die ihr gehörenden Flugzeuge abzumontieren und zum Abtransport bereitzustellen.

Alle Proteste gegen diese Zumutung, die wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages noch durch sonstige für Danzig verbindliche Verträge begründet ist, blieben erfolglos.

Politische Rundschau.

— Berlin, 6. November 1920

— Der Reichsfinanzminister des Reichsministeriums vom 14. bis 1. November dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dem besetzten Gebiet einen Besuch abzustatten und den Einladungen der Städte Düsseldorf und Köln Folge zu leisten.

— Die preussische Landesversammlung beendigte am Sonntag die zweite Beratung der Verfassung.

— Der rheinische Provinziallandtag ist für den 5. Dezember einberufen worden. Er wird sich mit der Autonomiefrage beschäftigen.

— Der lettlandische Gesandte für Deutschland, Dr. Wotz, traf am Freitag über Memel in Berlin ein.

— Wie die T. u. v. unterrichteter Seite erzählt, wird in aller nächster Zeit in Danzig ein lettlandisches Konsulat errichtet werden.

— Die höchste Finanzbehörde des Reichs, der in München stationierte Reichsfinanzhof, ist ausgebaut worden. Er besteht aus einem Präsidenten, drei Senatspräsidenten, 20 Reichsfinanzräten und einem Disziplinarpräsidenten. Der Reichsfinanzhof gliedert sich in vier Senate, die auf das ganze Reich verteilt sind.

— Das erste Drittel des Reichsnotopfers. Die neue Vorlage über das Reichsnotopfer ist vom Reichskabinett beschlossen und Donnerstag dem Reichsrat übermittelt worden. Das Kabinett hat sich dahin geeinigt, daß von der gesamten Teuerverschuldung aus dem Reichsnotopfer ein Drittel durch die jetzt fertiggestellten Gesetzesnovellen beschleunigt eingezogen werden soll. Jeder zum Reichsnotopfer Verpflichtete wird also ein Drittel seiner gesamten Teuerverschuldung in den nächsten Monaten zu bezahlen haben. Die Novelle bestimmt, daß dieses Drittel mindestens zehn Prozent des Vermögens des Teuerverschuldigten erreichen muß. Für die Zahlung des nunmehr einzuziehenden Drittels werden zwei Termine gewährt, von denen der erste auf den 1. Februar 1921 festgesetzt ist.

Rundschau im Auslande.

— Der Präsident der tschecho-slowakischen Republik, Masaryk, reiste Ende voriger Woche nach Nordböhmen. Die Fahrt ist der Anbahnung einer politischen Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen. Die Reise ist die erste des Präsidenten ins deutsche Gebiet.

— Der frühere amerikanische demokratische Staatssekretär Bryan hat eine Erklärung abgegeben, worin er anrät, Wilson möchte unverzüglich zurücktreten.

— Nach einer New Yorker Meldung wird der neue Kongreß unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine Erklärung über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland abgeben. Vom Versailler Vertrag ist in Amerika keine Rede mehr.

England: Ende des Bergarbeiterstreiks.

— Die letzten Berichte aus allen Kohlengebieten bekräftigen, daß der Aufforderung des Bergarbeiterverbandes in die streikenden Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, Folge geleistet wird. Sogar in Lancashire und Südwesten, wo eine so große Mehrheit gegen die Annahme des Abkommens zustande gekommen war, wird überall gearbeitet.

Außland: Wrangel geschlagen?

— Nach den Meldungen des bolschewistischen Oberkommandos soll die Armee des Generals Wrangel geschlagen und umzingelt sein. Wie weit die Nachricht auf Wahrheit beruht, läßt sich nicht feststellen, doch hat sie viel Wahrscheinlichkeit für sich, da die Bolschewisten nach der Beendigung des polnischen Krieges den an Zahl geringen Truppen Wrangels fast ihre ganzen Streitkräfte entgegenstellen konnten, denen Wrangel, wenn ihm nicht von anderer Seite Hilfe kommt, unterliegen muß. Doch ist dies für die Sowjetmilitären noch lange kein Grund zum Frohlocken. Denn bisher ist es ihnen noch nie gelungen, die Gegenrevolution gänzlich zu schlagen. Nach jedem Niederschlag hob sie von neuem ihr Haupt, bis sie doch einmal zum Siege kommt. Denn auch im Innern Sowjetrusslands fängt es an, böse für die Bolschewisten auszugehen. Die Nachrichten über die antibolschewistischen Kämpfe in Moskau und Petersburg hören nicht auf. Nur noch durch den fürchterlichsten Terror vermag sich die Sowjetdiktatur gegen die von Hunger und Elend zum Aufbegehren getriebene Bevölkerung zu halten. Wie lange noch?

Locales und Provinzielles.

— * Weissenheim, 9. Nov. Am Freitag den 12. d. M., nachmittags 6 Uhr, findet auf dem Rathause eine Stadtverordneten-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Pensionierung des Försters Bender.
2. Besuch des Schafzuchtvereins Weissenheim.
3. Besuch des Geflügel- u. Kanarienvogelvereins Weissenheim.
4. Beratung über die Niederlegung des Stadtverordnetenmandates des Herrn Josef Schlepper.

— * Weissenheim, 9. Nov. Mit Wirkung vom 1. Jan. 1920 ist das zuständige Verpflegungsgeld von 270 Mk. wie folgt erhöht worden:

- a) für besonders teure Orte (Wiesbaden) auf 6 Mk. täglich
- b) für teure Orte (Kleinstädte) „ 5 „
- c) für die übrigen Orte „ 4 „

Kriegsgefangene, die für ihren 56tägigen Heimkehrurlaub mit dem alten Satz von 270 Mk. abgefunden worden sind, haben mit Wirkung vom 1. 1. 20 Anspruch auf die erhöhten Sätze und deren Nachzahlung. Die Anträge auf Differenznachzahlung sind von den Heimkehrern mit den notwendigen Unterlagen (Entlassungsschein oder Verpflegungs- oder Lohnungsbescheinigung) an das zuständige Abwühlungsamt zu senden. Für den Bezirk des Verpflegungsamts Wiesbaden ist das Abwühlungsamt des früheren 18. Armeekorps Darmstadt zuständig.

— * Weissenheim, 9. Nov.

„Die Sonne sank, auf blut'gem Feld
Liegst todeswund ein tapf'rer Held.
Er faltet betend seine Hand
Und spricht hinauf zum Firmament:
Du lieber Gott, erhö' mein Fleh'n,
Laß Weib und Kind nicht untergeh'n,
Beschütze sie, gib ihnen Glück,
Der Vater lehrst nicht mehr zurück.“

So lautete der Schlusssatz bei der vergangenen Totenfeier. Die allgemeine Beteiligung sowie die eindrucksvollen Worte unseres Herrn Bürgermeisters gaben Zeugnis davon, daß unsere toten Helden nicht vergessen sind. Vor allen Dingen muß jedem das Schicksal der Hinterbliebenen am Herzen liegen. Die Ortsgruppe Weissenheim-Johannisberg des Reichsbundes hat es sich auch in diesem Jahre wieder zur Aufgabe gemacht den Kriegswitwen und -Waisen eine Weihnachtsbescherung zu bereiten. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag den 5. Dezember im Saalbau „Deutsches Haus“ eine Wohltätigkeits-Veranstaltung bestehend aus Konzert und Theater statt und wird mit dem Kartenvorverkauf in den nächsten Tagen begonnen. Auch ruht in mancher Speicherecke noch allerlei Spielgerät, das unbenutzt verstaubt, aber unseren vaterlosen Kleinen eine große Weihnachtsfreude machen könnte. An alle ergeht darum die herzliche Bitte, die Veranstaltung nach Kräften zu unterstützen. Eine Liste wird in Umlauf gesetzt.

— * Weissenheim, 9. Nov. Eine Ehrung für die gefallenen und verstorbenen Opfer des Weltkrieges aus Weissenheim fand am Sonntag hier statt. Nachdem bereits am Morgen in den beiden Kirchen Gottesdienste zu Ehren der gefallenen Krieger stattgefunden hatten, stellten sich am Nachmittag sämtliche Weissenheimer Vereine mit ihren Fahnen auf dem Marktplatz auf, um im Trauergzuge unter den Klängen eines Trauermarsches nach dem Friedhofe zu marschieren, wo die eigentliche Gedächtnisfeier stattfand. Der geräumige Weissenheimer Friedhof konnte die große Zahl der Zugteilnehmer kaum fassen, die sich an dieser Rundgebung beteiligten. Nach einem einleitenden Chöre des Rath. Kirchenchors richtete Herr Bürgermeister Stahl beherzigenswerte Worte an die Teilnehmer. Er gedachte der Taten der Dahingegangenen, denen wir immer ein treues Andenken bewahren mußten. Deutschland sei arm geworden, sodaß wir den Helden keine kostbaren Denkmäler stellen könnten, wir müßten ihrer heute in Treue gedenken. Für die 93 aus Weissenheim stammenden Kriegsoffer legte er sodann einen Kranz am Fuße des Friedhofskreuzes nieder. Sämtliche Vereine und Korporationen der Stadt folgten diesem Beispiele und ließen durch ihre Sprecher Kränze mit passenden Inschriften niederlegen. Chöre der Gesangsvereine „Cäcilia“ und „Viederkranz“ und auch das stimmungsvolle „Ich hat einen Kameraden“ der Musikkapelle vervollständigten die würdig verlaufene Feier. Nach Schluß der Gedächtnisfeier auf dem Friedhofe stellte sich der Zug wieder auf, um mit Musik auf den Marktplatz zu ziehen. Dort löste sich der Zug auf. Die Namen der 93 aus Weissenheim gefallenen und verstorbenen Kriegsteilnehmer lassen wir hiermit besonders folgen:

N a m e n		N a m e n	
	Wann gefallen bzw. gestorben?		Wann gefallen bzw. gestorben?
1. Jakob Dillmann	22. 8. 14	48. Joh. Witze	4. 9. 14
2. J. W. Lemb	11. 10. 14	49. Martin Fröhlich	9. 8. 16
3. Adam Lauzi	21. 8. 14	50. Hilarius Dswald	30. 9. 16
4. F. K. J. Umedick	6. 8. 14	51. Wilh. Emil Eugen Reis	1. 7. 16
5. P. J. Schneider	3. 9. 14	52. Kilian Vetter	5. 8. 16
6. Georg Binstadt	14. 11. 14	53. Peter Sohns	10. 4. 16
7. Wilh. Jffinger	28. 8. 14	54. Karl Ehrhard	3. 10. 16
8. P. A. Sommer	30. 9. 14	55. Dr. Schubert	19. 10. 16
9. Emil Braun	27. 9. 14	56. Franz Haas	7. 2. 17
10. Heinrich Höhn	20. 8. 14	57. Heinrich Semmler	16. 4. 17
11. Georg Adamo	7. 1. 15	58. Jakob Kreher	25. 4. 17
12. Anton Rath	8. 9. 14	59. Heinrich Schlein	27. 5. 17
13. Georg Treffert	1. 11. 14	60. Heinrich Mertens	7. 9. 16
14. Wilh. Kettler	25. 12. 14	61. Jakob Bernd	3. 5. 17
15. Richard Weller	16. 3. 15	62. Franz Haas	24. 8. 17
16. Richard Evers	15. 3. 15	63. Peter Bender	27. 8. 17
17. Wilh. Oster	28. 4. 15	64. Jakob Hignauer	7. 5. 17
18. J. f. Kind	30. 8. 14	65. Johann Fröhlich	17. 10. 17
19. Friedrich Peper	22. 10. 14	66. Hubert Daniel	4. 10. 17
20. Friedrich Weisel	10. 2. 15	67. Alfred Otten	26. 9. 17
21. Jos. Hignauer	22. 4. 15	68. Georg Semmler	19. 11. 17
22. B. Hochl	24. 5. 15	69. Anton Karl Heeger	20. 12. 17
23. Rudolf Berger	13. 6. 15	70. Heinrich Schmidt	24. 3. 18
24. M. A. Schreiner	16. 6. 15	71. Andreas Meckel	21. 3. 18
25. Emil f. J. Kind	5. 10. 14	72. Peter Reckert	17. 7. 17
26. Fritz Schuler	20. 7. 15	73. Franz Holderieth	15. 5. 18
27. Jaf. Lattauer	5. 3. 15	74. Joh. A. Kopp	12. 6. 18
28. Theobald Stuhlträger	11. 8. 15	75. Johann Worm	4. 7. 18
29. Jakob Stoll	2. 10. 15	76. Christian Reibert	11. 7. 18
30. Josef Gehring	15. 10. 15	77. Anton Strähle	1. 6. 18
31. W. E. A. Schirmer	9. 10. 15	78. Adolf Eick	2. 6. 18
32. Michael Simon	6. 10. 15	79. Bernhard Kneipp	15. 7. 18
33. Martin Scholl	1. 10. 14	80. Wendlin Faust	15. 7. 18
34. K. Schulbach	13. 6. 15	81. Peter Renz	26. 3. 18
35. Christian Schramm	30. 8. 15	82. Paul Groß	15. 6. 18
36. Wilh. Schmitt	25. 9. 15	83. Karl J. Ortseifer	24. 9. 18
37. Karl Erich Brinkmann	30. 11. 14	84. Heinrich Schmitt	1. 10. 18
38. Peter Obel	24. 2. 16	85. Joh. Scholl	13. 8. 18
39. Paul Scherer	9. 3. 16	86. Heinrich Weber	12. 9. 18
40. Adam Schenk	21. 4. 16	87. Johann Kilian	23. 8. 18
41. Franz J. Hippacher	12. 3. 16	88. Georg Friedrich	2. 11. 18
42. Johann Fröhlich	12. 4. 16	89. Franz Kilb	23. 10. 18
43. Bernhard Herrmann	17. 3. 16	90. Anton Hemes	26. 7. 18
44. Gustav Busch	25. 9. 14	91. Christian Dswald	12. 11. 18
45. Jakob Stoll	2. 10. 15	92. David Joh. Pass	4. 11. 14
46. Joh. Adam Dollmer	15. 6. 16	93. Franz Weber	1. 11. 18
47. Jos. Haas	16. 6. 16		

Die mit * bezeichneten waren nur vorübergehend hier anässig.

Als vermisst sind noch gemeldet: Josef Badior, Willi Fischer (Weißenturm), Franz Haas, Philipp Höhn, Melchior Meckel und Heinrich Sprenger.

* S. Geisenheim, 9. Nov. Am Samstag Abend fand im „Deutschen Hause“ die Gröfnungsvorstellung des Frankfurter Künstlertheaters Rhein-Mainischer Verband für Volksbildung statt. Die wunderbare Vorstellung hätte wohl einen besseren Besuch verdient gehabt. Schillers „Kabale und Liebe“ dieses altbekannte bürgerliche Trauerspiel, das so viel enthält, das auf die heutigen ungelärten Zeiten paßt, ging über die Bühne. Wenn wir auch schon vor dem Kriege recht annehmbare Vorstellungen des Rhein-Mainischen Verbandstheaters in unserer Stadt gesehen haben, so wurden die früheren Vorstellungen durch die heutige weit in den Schatten gestellt. Schon die Künstler selbst: Herr Klebusch, gab den durch allerhand Intriguen zur Macht gelangten Präsidenten Walter, die rechte Hand des Fürsten, der in seiner Strupellosigkeit nur noch durch seinen Sekretär Wurm der von Herrn Deljan in wirklich vorzüglicher Maske dargestellte, übertrifft wurde. Eine gute Leistung war auch Herr Ott als Ferdinand und Herr Barlony als Stadtmusikant Müller. Den grotesken Hofmarschall von Kalb gab Herr Umminger, recht drastisch. Von den Damen ist besonders die Luise der Fräulein Burt als Glanzleistung zu bezeichnen, die sich so recht in den Herzen der Zuschauer hineinpielte. Aber auch Fräulein Bergmann als Lady Wilford konnte uns wohl gefallen. So war denn rasch der Kontakt zwischen den Spielern und Zuschauern hergestellt und reicher Beifall belohnte die Spieler zum Schluß des Abends. Erwähnen wollen wir noch, daß der Umbau der Bühne, wie er von der Spielleitung vorgenommen worden ist, sich sehr gut bewährte. Auch die Dekoration zc. waren von der Spielleitung gestellt und besonders für den Abend nach hier gebracht worden. Wenn auch die erste Vorstellung nicht den Besuch aufzuwecken hatte, den der Abend verdient hatte, so hoffen wir, daß die ferneren Vorstellungen dies weit machen werden und daß die Vorstellungen stets in Zukunft ein volles Haus haben werden.

Δ. Haus, Hof und Garten im November. Wie für die Städte, die die ersten Vorbereitungen für das nächste Geschäftsjahr bezeichnen, so ist auch für das Land der vorliegende Monat des Jahres kein Monat des Ruhens. Die ersten Vorbereitungen für ein angenehmes „Ueberwintern“ müssen geschaffen werden. Da heißt es zunächst alle Brunnen und Wasserleitungen mit Stroh einzubinden, damit das Wasser nicht gefriert und das die Röhren verstopft. Die Ställe müssen eingedichtet und in Stand gehalten werden, da die Weide des Viehs aufhört. Besonders Aufmerksamkeit ist den trächtigen Kühen zuzuwenden. Die Deckzeit der Riegen soll ebenfalls in den November. Wer sich des Viehs von Fiedervieh, Gänfen und Schweinen rühmen darf, beachte folgende Regeln: Gute Pflege des Fiederviehs, Wästen der Gänfe und Mästung der Schweine. Bei der Fieße achte man darauf, daß mit Eintritt von Frost weiter die Bewässerung sofort einzustellen und das Strauchwerk auszurollen ist. Auch empfiehlt es sich,

die Wiesen zu düngen. Der Garten im November erheischt das Niederlegen und Decken des Beins. Die Obstlager sind fleißig zu lüften. Die Monatsrosen werden niedergelegt und bedeckt, die Rosenstämme umwickelt. Für die Fischzucht sind Ständer, Zapfen und Nymphen der Teiche fleißig nachzusehen, die Fischereigeäte zu trocknen und aufzubewahren. Die Bienenstöcke sind schon mit Winterfutter zu versehen. — Wer diese altenproben Lehren befolgt, um dessen Besitzum wird es im Winter und kommenden Frühjahr nicht schlecht bestellt sein.

* Aus dem Rheingau, 5. Nov. Den höchsten, jemals erlebten Rekord im Mosgewicht erzielte die Domäne im Rheingau mit 280 Grad nach Dachsle.

* Wiesbaden, 5. Nov. Eine Anzahl Einwohner von Dohheim legt im Taunus hinter der Platte nach Neuboh zu eine Kolonie an. Bis jetzt haben acht Siedler mit Hilfe der Gemeinde Dohheim je 10 Morgen abgeholztes Waldgelände erworben und während des Sommers schon tüchtige Arbeit geleistet, Buzgelslöcke gesprengt, Land gerodet und zum Teil auch schon besät. Die junge Saat wächst schon üppig empor und verspricht gute Ernte im nächsten Jahr. Aber auch im Winter ruht die Arbeit nicht. Da der Weg von Dohheim zu weit ist, haben sich die Ansiedler dort Hütten gebaut, worin sie wohnen wie richtige Kolonisten. Im nächsten Frühjahr will noch eine größere Anzahl Dohheimer Familien nach der Kolonie auf der Platte auswandern.

* Dohheim, 6. Nov. In einer der letzten Nächte erwischte die Strompolizei auf dem Main unterhalb der Schleuse Kohlendiebe, welche zwei Nachen voll Kohlen von einem Schiffe geholt hatten. Die Kohlen wurden beschlagnahmt und nach hier verbracht. Die Inassen des Nachens wurden verhaftet.

Aus Stadt und Land.

* Papstende für die deutschen Kinder. Der Papst übergab dem Kölner Erzbischof Dr. Schulte bei dessen Abschiedsbesuch eine halbe Million Lire (fast 1½ Million Mark) für bedürftige Kinder in Deutschland.

* Schwere Tötung eines Geisteskranken. In Agnetendorf im Riesengebirge versuchte der Besitzer des Hotels Villa Wörne, Därrenberg, seine Familienangehörigen durch Beiliche zu töten und zündete dann das Hotel an. Der 15jährige Sohn war sofort tot, die Frau, die Schwiegermutter und seine 16jährige Tochter wurden schwer verletzt und liegen hoffnungslos darnieder. Därrenberg selbst stürzte sich dar auf vom Balkon des brennenden Hauses herab und starb wenige Stunden später. Er sollte den verlaufenen Besitz an diesem Tage räumen, und man nimmt an, daß er die Tat in Geistesgestörtheit verübt hat.

* Veranbarung des Sarges der heiligen Elisabeth. Freitag nacht wurde der Sarg der heiligen Elisabeth in der Elisabethkirche in Marburg erbrochen und be

und 12 Personen im Werte von zwei Millionen Mark rebeutet. Außerdem wurden wertvolle alte Silberarbeiten gestohlen. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr hoch.

* Amerikanische Zuchjustiz. Von der amerikanischen Präsidentenwahl wird aus Orlando, im Staate Florida folgender Vorfall berichtet, der auf die Kulturverhältnisse, die noch heute in den Südstaaten der Union herrschen, ein großes Licht wirft. Ein Neger, der zur Wahl nicht zugelassen wurde, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte, veranlaßte einen Aufstand. Dabei wurden zwei Weiße getötet und andere verwundet. Die Menge hing den Neger schließlich auf und verbrannte fünf andere Neger, die an dem Zusammenstoß teilgenommen hatten, ebenso die Häuser, in die sie sich geflüchtet hatten.

* Ueberfall auf den Harzkurort Braunlage. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist Braunlage in der Mittwochnacht von einer bewaffneten Horde in Stärke von ca. 25—30 Mann überfallen worden. Die Horde erzwang vom Bahnhofsvorsteher die Herausgabe der Bahnhofskasse und auch in der Bahnhofswirtschaft gütlich. Sie versuchte dann vergeblich in das Postgebäude einzudringen, nahm einem Nachtwächter den Revolver weg und zwang diesen, mitzukommen. Dann stieg sie in die Staatsbahn ein, machte jedoch dort keine Beute. Ebenso wenig gelang es ihr, in einem Autoschuppen der Firma Hüfing ein Auto anzukurbeln, um damit loszufahren. Sie machte sich schließlich aus dem Staube; es wird vermutet, daß sie sich noch in der Gegend aufhält. Von Braunschweig aus sind am Donnerstag vormittag 35 Mann der Sicherheitspolizei mit zwei Maschinengewehren sowie mehrere Kriminalbeamte in Antonien nach Braunlage gefahren.

* Ausschreitungen gegen schlesische Landwirte. Den Blättern zufolge versammelten sich in Grünberg in Schlesien während einer Sitzung des Kreditwirtschaftsverbandes Arbeiter vor dem Lokal. Nachdem eine Anordnung den Bauern über die hohen Preise für Borwürfe gemacht hatte, drang die Menge in den Saal ein und schleuderte die Landwirte auf einen Wagen, der mit Schildern, die Aufschriften trugen: „Hier sind die Wucherer“ und dergleichen, umhängt war. Auf dem Weg wurden die Pferde ausgespannt und die Bauern unter Mißhandlungen gezwungen, den Wagen, auf dem sich Arbeiter gesetzt hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Landwirte wieder freigelassen. Folgt Schritt nicht ein.

* Mit dem Förderkorb abgestürzt. Die Breslauer „Volkswacht“ meldet aus Kattowitz: Auf der Florentiner Grube geriet ein Förderkorb plötzlich in rückläufige Bewegung. Beim Ausstoßen auf die Sohle wurden zwei Mann getötet, zwei schwer und neun leicht verletzt.

* Explosion in einem Wanderkino. In einem Wanderkino in Dalherda, Rhön, explodierte eine Karbidlampe. Dem Kinobesitzer August Glosch riß ein abgeflogenes Stück Eisen die Halskaskader auf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Von den Zuschauern wurde niemand verletzt.

* Der Sarg der heiligen Elisabeth beraubt. Verlangene Nacht zum Donnerstag wurde bei einem Einbruch in die Elisabethkirche in Marburg der Sarg der heiligen Elisabeth seiner Edelsteine beraubt.

* Ausdehnung der Heidebrände in Hannover. Die großen Wald- und Heidebrände in der Lüneburger Heide nehmen an Umfang noch zu. Donnerstag vormittag wurde wieder von Bränden berichtet, die einen Umfang von 2100 Morgen haben. Es sind große Rußholzbestände vernichtet worden.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 9. Nov. In einer stürmisch verlaufenen Sitzung der Elektrizitätsarbeiter wurde gestern beschlossen, daß die Streikleitung heute vormittag mit dem Gesamt-Betriebsrat über die Wiederaufnahme der vollen Arbeit in den städtischen Kraftwerken verhandeln soll. Eine andere Versammlung der Funktionäre und Vertrauensleute faßte folgenden Beschluß: Die heutige Plenarsitzung des Gesamt-Betriebsrates im Beisein der gesamten Organisationsvertreter beschließt, den Arbeitnehmern die Aufnahme der Arbeit unter den Gesichtspunkten zu empfehlen, daß der Schiedsspruch zu verwerfen ist wegen der darin enthaltenen Klassifizierung. Als Spezialisten gibt es für uns nur eine einheitliche Lohnaufbesserung oder keine. Wir verzichten im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand auf jede Lohnaufbesserung und verlangen auf Grund dessen erneute Verhandlungen zu einer gleichmäßigen Lohnzahlung für alle Arbeitnehmer.

TU München, 9. Nov. Der Münchener Stadtrat hat auf Antrag der Demokraten einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag und seine Wirkungen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht als Lehrgegenstand des Schulunterrichts einzuführen. Der Redner der Unabhängigen begründete seine Zustimmung mit dem Hinweis, daß der Friedensvertrag wenn er ausgeführt werde, Deutschland auf ewige Zeiten vernichten werde.

TU Pörrach, 9. Nov. Die für die am letzten Sonntag geplante Gröfnung des Luftschiffdienstes Pörrach-Karlruhe-Mannheim-Frankfurt a. M. fand nicht statt und wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Gründe dafür konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

TU Basel, 9. Nov. Die „Baseler Nationalzeitung“ meldet aus Braris: Das Kabinett hat sich in der Frage der Dienstzeit geeinigt. Sämtliche Minister wünschen den 18 monatlichen Militärdienst, sobald es die Umstände erlauben. Am 15. November wird ein Gesetzentwurf der Kammer eingereicht werden, der die Dauer der Militärdienstzeit etappenweise von drei auf zwei Jahre herabsetzt, was zwei Jahre dauern wird.

TU Paris, 9. Nov. Der „Matin“ bringt folgende Meldung aus London: Wir haben Grund anzunehmen, daß, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, die Arrangements bezüglich der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den Sowjets in den nächsten Tagen beendet sein werden. Das politische Vertragsobjekt befindet sich in der Downing-Street.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 10. d. Mts., vormittags 9 Uhr anfangend, kommt im Geisenheimer Stadtwalde, Distrikt Schwarzkreuz, folgendes Gehölz zur Versteigerung:

496 Rmtr. Eichen-Schälholz-Anäppel- und Reiserknäppel und 1000 Rmtr. Laubholz-Reiserknäppel.

Geisenheim, den 5. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Um auch den Winzern, die bis jetzt noch keinen Tresterweinzucker bestellt hatten, Gelegenheit zu geben, dies nachzuholen, werden Bestellungen darauf noch morgen Mittwoch Vormittag von 8—11 Uhr im Wirtschaftsamt entgegen genommen. Preis je Pfd. Mk. 3.50 und wird der Zucker Donnerstag Nachmittag von 1/2 bis 4 Uhr ausgegeben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen ein Recht auf Bezug des Zuckers haben, die denselben auch wirklich zur Bereitung von Sautrunk verwenden.

Mittwoch den 10. d. Mts., vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr kommen im Wirtschaftsamt

Mäntel, Jacken, Joppen Hosen usw. zur Ausgabe.

Geisenheim, den 9. November 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch Vormittag von 8—12 Uhr und von 2—5 Uhr kommt an der hiesigen Eisenbahnstation ein weiterer Teil der bestellten

Winterkartoffeln

für alle Besteller zur Ausgabe. Bezugsscheine hierzu werden von 1/8 Uhr an im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Geisenheim, den 9. November 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die nächste Mütterberatungsstunde in Geisenheim findet nicht am Mittwoch den 10. d. M., sondern erst am Donnerstag den 18. d. Mts., nachmittags um 3 Uhr statt.

Geisenheim, den 9. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Englische Decken

in verschiedenen Farben

zur Anfertigung von Mänteln, Damenmänteln, Sport- und Jünglings-Anzügen u. s. w.

Verkaufsstelle:

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim

Weinstraße 5.

Erfahrener zuverlässiger

Rüttler

wird bei gutem Lohn von einer erstklassigen rheinischen Seifellerei gesucht. Anfragen mit Referenzen und Angabe des frühesten Eintrittstermins sind zu richten unter H 10385 an Ann.-Exp. D. Franz, G. m. b. H., Mainz.



Unsere liebe Freundin

Fräulein Eva Götz

ist im 82. Lebensjahre von uns geschieden.

56 Jahre lang hat sie Leid und Freude mit uns geteilt.

Wir trauern in tiefer Dankbarkeit um die Getreue.

Minna Strecker, geb. Scholz, Mainz

Dr. Karl Strecker, Präsident des telegraphen-techn. Reichsamts, Berlin

Dr. Otto C. Strecker, Darmstadt

Anna Thomas, geb. Strecker, Laubenheim

Lina Will, geb. Strecker, Berlin—Grunewald

Dr. Hans Strecker, München

Kurt Strecker, Kreisamtmann, Mainz.

Mainz, den 5. November 1920.

Entlade in nächster Zeit:

Zwiebeln,

Stroh,

Dickwurz,

Weißkraut,

Gelberüben u.

Kartoffeln.

Karl Dillmann, Geisenheim

Behlstraße 9.

Telefon 265.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle:

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Neues Sauerkraut

Neueholl. Salzheringe

Rollmops

Tafel-Senf

Lachsbücklinge u.

Kieler Bücklinge

frisch eingetroffen.

Frau B. Rothhaupt Wwe.

Marktstraße 4.

Nehme Bestellungen auf Winter-Obst,

Tafel- und Wirtschafts-

Äpfel u. Birnen entgegen

Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstüben,

Waschpflöcke,

Bretter u. Latten.

E. Dillmann.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Ein deutscher Schäferhund

auf den Namen Max hörend entlaufen. Wiederbringer erhält gute Belohnung. Vor Anlauf wird gewarnt. Wilhelm Vieber.

Sekt, Cognac-Bordeaux-Weinflaschen

und Litterflaschen

kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen

Kirchstr. 25.

Alle Sorten Tafel- und Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei

Franz Rückert

Weinlandstr. 47.

1867er

Die Kameraden werden

gebeten sich am Mittwoch

den 10. November, abends

7 Uhr bei Kamerad

Christ. Ober, Römerberg

zwecks einer Besprechung

einfinden zu wollen.

Der Vorsitzende.

F. I. Geisenheimer

Schachverein 1908

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Vorstands- und

Spielausschuss-Sitzung

im „Weihen Hof“.

Vollständiges u. pünktliches

Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorsitzende.

Hotel Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Stenographen-Verein „Gabelsberger“

Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 9. Novbr.,

abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Gasthaus „Zum weihen

Hof“. Um zahlreiches und

pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Stenographen-Verein

„Stolze-Schrey“

Geisenheim a. Rh.

Mittwoch Abend 7 Uhr:

Unterrichtsstunde

für Anfänger, von 8 1/2 Uhr ab

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr:

Abend 7 Uhr: